
Interventionen in der EU-Finanzkrise

Rezension von: Thomas Piketty, *Die Schlacht um den Euro: Interventionen*, C. H. Beck, München 2015, 175 Seiten, broschiert, € 14,95; ISBN 978-3-406-67527-0.

Thomas Piketty ist der herausragendste jüngere Ökonom unserer Zeit. Das 2013 erschienene und mittlerweile in 33 Sprachen übersetzte Opus Magnum des 44-Jährigen „Kapital im 21. Jahrhundert“ erzielt bislang eine Auflage von mehr als einer Million Exemplaren.

Der Erfolg des Buches hat mehrere Ursachen: Erstens stellt es die zunehmende Ungleichheit der Verteilung von Vermögen und Einkommen in den Mittelpunkt der Erklärung und trifft damit einen Nerv der Zeit. Zweitens besticht es durch eine Fülle empirischer Daten über lange Zeiträume und bietet eine „große Erzählung“ über die Bewegungsgesetze des Kapitalismus. Und drittens ist Piketty ein Ökonom, der sich im akademischen Zentrum der Wirtschaftswissenschaften höchste Anerkennung erworben hat, auch weil er in den am besten bewerteten Zeitschriften des *Mainstream* sehr erfolgreich publiziert hat. Selbst die neoklassisch ausgerichtete Standardökonomie kann deshalb an seinen Thesen nicht vorbei.

Bereits in „Kapital im 21. Jahrhundert“ hat Thomas Piketty aber darüber hinaus bewiesen, komplexe Zusammenhänge in einfacher Weise beschreiben und der breiten Öffentlichkeit vermitteln zu können. Piketty ge-

hört einer jener in Europa kaum existenten, aber in den USA weitverbreiteten Spezies von intellektuellen Ökonomen an, die fachlich in der Lage und auch persönlich bereit sind, in die öffentliche wirtschaftspolitische Debatte einzugreifen.

Er tut dies mit Bravour in seinem neuen Buch „Die Schlacht um den Euro“. Der schmale Band versammelt vierzig Interventionen, die ursprünglich zwischen 2008 und 2015 in der französischen linksliberalen Tageszeitung „Libération“ erschienen sind. Damit werden nicht nur wertvolle Einblicke in das Denken Pikettys ermöglicht, sondern auch Elemente einer Geschichte der seit bald acht Jahren anhaltenden EU-Finanzkrise geboten.

Die Finanzkrise ist die Folge wachsender Ungleichheit von Einkommen und Vermögen, der neoliberalen Deregulierung der Finanzmärkte und der ungenierten Selbstbedienung der Bankmanager. Schon im September 2008 stellt Piketty die Frage, die die Öffentlichkeit noch heute bewegt: „Soll man die Banker retten?“ Er zeigt, wie die Wirtschaftspolitik aus den Fehlern der 1930er-Jahre lernte und pragmatisch das Finanzsystem stützte. Dies hat dazu beigetragen, eine tiefe Depression zu vermeiden.

Doch für Gesellschaft, Steuerzahler und Gesamtwirtschaft ist die Bankenrettung nur dann sinnvoll und akzeptabel, wenn gleichzeitig Banken und Banker für ihre Fehler bezahlen. In diesem Sinn ist eine schonungslose Regulierung des Finanzsystems, die Beendigung der obszönen Vergütungspraxis im Finanzsektor, eine progressive Besteuerung der höchsten Einkommen und ein hartes Vorgehen gegen Steueroasen notwendig. Hier hat die Politik – auch unter dem im-

mens schädlichen Einfluss der nach wie vor mächtigen Bankenlobby – weitgehend versagt. Werden die Verursacher nicht zur Rechenschaft gezogen, dann bereitet das den Boden für die nächste Finanzkrise.

Es bedeutet aber auch die Gefahr einer massiven Umverteilung von unten nach oben. Bereits im Dezember 2009 fragt Thomas Piketty: „Wer wird von der Krise profitieren?“ Die Untersuchung verschiedener Finanzkrisen des letzten Jahrhunderts ergibt keine eindeutige Auswirkung auf die Ungleichheit. Kurzfristig nimmt in der Rezession die Ungleichheit zwischen der Mitte und der Spitze der Verteilung ab, weil Gewinne und Bonuszahlungen sinken, gleichzeitig wächst die Ungleichheit zwischen den Arbeitslosen und der Mittelschicht. Mittelfristig hängt alles von den politischen Reaktionen ab. Die Gefahr ist sehr groß, dass die wohlhabendsten Teile der Gesellschaft „durch den Ankauf der richtigen Aktiva im richtigen Augenblick Nutzen aus dem Finanzchaos ziehen“. Wenn gleichzeitig der Staat Banken und andere Unternehmen rettet, dann zahlen nicht die verursachenden Wirtschaftsbereiche, sondern Arbeitslose und Steuerzahler die Kosten der Krise.

Doch es geht auch anders: „Im Gefolge von 1929 waren diejenigen, die eine ganze Welt an den Rand des Abgrunds geführt und sich bereichert hatten, von den Regierungen sehr wohl zur Rechenschaft gezogen worden: starke Erhöhung der Gewinnsteuern, progressive Besteuerung sehr hoher Einkommen und Vermögen, Kontrolle des Kapitals in all seinen Formen. Was zum historischen Abbau von Ungleichheit geführt hat, war nicht die Finanzkrise als solche. Es waren die politischen Reaktionen“ (S. 60).

Piketty widmet sich in diesem schmalen Buch einer Vielzahl von drängenden Problemen und macht konkrete wirtschaftspolitische Vorschläge. Er warnt bereits im März 2010 vor einer Deflationsspirale, kritisiert im Dezember 2010 den Skandal der irischen Bankenrettung, spricht sich im Juni 2011 für eine europäische Bankenabgabe aus, die auf dem Verursacherprinzip beruht. Im Dezember 2011 diskutiert er Protektionismus als eine Notlösung: Freihandel macht sich seiner Einschätzung nach in theoretischen Modellen bezahlt, ohne gleichzeitige Umverteilung der Wohlfahrtsgewinne hat er in der Praxis aber negative gesamtwirtschaftliche Folgen. Der Protektionismus ist deshalb eine Abschreckungswaffe, die der Staat nicht aus der Hand geben soll: „Um die Steueroasen zum Einlenken zu zwingen und, allgemeiner gesprochen, Finanz-, Sozial- und Umweltregulierungen durchzusetzen, ohne die sich die Kontrolle über einen außer Rand und Band geratenen Kapitalismus nicht zurückgewinnen lässt, bleibt das Handelsrecht eine unverzichtbare Waffe“ (S. 109).

„Was muss noch passieren, dass sich Europa bewegt?“ Piketty sieht im Abschlussbeitrag des Bandes vom Jänner 2015 drei mögliche Entwicklungsalternativen für die EU: Erstens eine neue Finanzkrise; sie würde für Europa den letzten entscheidenden Stoß zum sozialen, wirtschaftlichen und politischen Absturz bedeuten. Zweitens die extreme Rechte an der Macht; das ist gerade für Frankreich ein höchst reales und gefährliches Szenario. Drittens ein „politischer Schock von links“; Piketty macht klar, dass er diese dritte Alternative präferiert, weil sie die Lösung der sozialen

Frage in den Mittelpunkt stellt und das europäische Projekt retten kann. Er fordert deshalb eine enge Zusammenarbeit der proeuropäischen Kräfte mit der von Syriza geführten Regierung in Griechenland und der aufsteigenden Oppositionspartei Podemos in Spanien.

Was wären die entscheidenden Elemente einer fortschrittlichen und demokratischen Wirtschaftspolitik in der EU? Zunächst geht es um einen expansiven Impuls, der Europa wirtschaftlich wieder auf die Beine bringt und dazu beiträgt, die Massenarbeitslosigkeit zu verringern. Zu seiner Finanzierung ist eine gemeinsame Kreditaufnahme der Staaten notwendig, um den Finanzspekulant*innen das Wasser abzugraben; dann sollte die Europäische Zentralbank diese Eurobonds ankaufen, ganz nach dem Vorbild der amerikanischen Notenbank FED.

Dieses vernünftige Maßnahmenbündel kann aber nur dann in sinnvoller und akzeptabler Weise in die Praxis umgesetzt werden, wenn die Schuldaufnahme von einer demokratisch legitimierten europäischen Instanz überwacht wird. Piketty schlägt in diesem Sinn die Gründung eines europäischen Haushaltssenats vor, der sich aus Abgeordneten der Finanz- und Sozialausschüsse der nationalen Parlamente zu-

sammensetzt. Gegenüber diesem Senat wäre ein Finanzminister der Eurozone an der Spitze eines europäischen Finanzministeriums verantwortlich („... dies wäre die Keimzelle einer europäischen Bundesregierung“ S. 123). Gemeinsame Wirtschaftspolitik mit demokratischer Legitimation – das wäre ein großer Schritt nach vorn auf dem Weg zu einer politischen Union.

Vergemeinschaftet werden soll grundsätzlich alles, „... was uns alleine nicht gelingen kann. Nicht mehr und nicht weniger“ (S. 126). Es wäre also unsinnig und kontraproduktiv, die Pensionssysteme der EU-Länder zusammenzulegen. Aber Eurobonds, gemeinsame Körperschaftssteuer, Finanzmarkt- und Bankenregulierung, automatischer Informationsaustausch über Finanzvermögen sind ebenso nur auf EU-Ebene möglich wie die Durchsetzung einer griffigen Vermögenssteuer. Sie bleibt ein besonderes Anliegen Pikettys.

Thomas Piketty erweist sich in seinen Interventionen einmal mehr als Ökonom mit Weitblick, der nicht nur nach wirtschaftspolitischen Lösungen für die europäische Krise sucht, sondern dies überzeugend in Sorge um Demokratie und sozialen Zusammenhalt tut.

Markus Marterbauer